

Ausschuss für Bundes- und Europaangelegenheiten, Medien und Regionalentwicklung
(49. - öffentliche - Sitzung am 25. Februar 2016)

Beratungsthemen:

1. **Entwurf eines Gesetzes zum Neunzehnten Rundfunkänderungsstaatsvertrag**
Gesetzentwurf der Landesregierung - [Drs. 17/4928](#)

dazu: Eingaben 1857 und 2460

Der - federführende - Ausschuss schloss die Beratung über den Gesetzentwurf und über die Eingaben ab. Vorbehaltlich der Zustimmung des - mitberatenden - Ausschusses für Rechts- und Verfassungsfragen empfahl er dem Landtag mit den Stimmen der Fraktionen der SPD und der Grünen, gegen die Stimme der Fraktion der FDP und bei Stimmenthaltung der Fraktion der CDU, den Gesetzentwurf unverändert anzunehmen. Zum Berichterstatter bestimmte der Ausschuss den Abg. Nacke; es soll ein mündlicher Bericht erstattet werden. Des Weiteren fasste der Ausschuss einstimmig die Beschlussempfehlungen zu den beiden Eingaben.

2. **Freies WLAN in Niedersachsen: Freifunk unterstützen, Bürgernetze ausbauen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4524](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, der Grünen und der FDP lehnte er einen Änderungsvorschlag der Fraktion der CDU (Vorlage 11) ab. Mit demselben Stimmenverhältnis empfahl er dem Landtag, den Antrag in der Fassung eines Änderungsvorschlages der Fraktionen der SPD und der Grünen (Vorlage 10) anzunehmen.

3. **Hormonstörende Stoffe gehören nicht ins Grundwasser - Endokrine Disruptoren erkennen, definieren und die Forschung stärken**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4963](#)

Die Fraktionen der SPD und der Grünen kündigten an, in den nächsten Tagen einen Antrag vorzulegen, der lediglich einen Teilbereich des vorliegenden Antrages umfasst. Dieser neue Antrag soll im März-Plenum in erster und möglichst auch abschließender Beratung behandelt werden. Daraufhin kam der Ausschuss überein, die Beratung über den vorliegenden Antrag erst nach dem März-Plenum fortzusetzen.

4. **Europäische Stahlindustrie - vor unlauterem Wettbewerb schützen und für faire Handelsbedingungen im internationalen Stahlmarkt sorgen!**
Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/4972](#)

Der Ausschuss schloss die Antragsberatung ab. Gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU und der FDP empfahl der Ausschuss dem Landtag, den Antrag der Fraktionen der SPD und der Grünen unverändert anzunehmen. Die Fraktionen kündigten an, bis zur Plenarberatung Gespräche mit dem Ziel der Vorlage eines von einer breiten Mehrheit getragenen Änderungsantrages zu führen.

5. **Agrarrohstoffspekulationen wirksam entgegneten - EU-Finanzinstrumente-Richtlinie nicht aufweichen**

Antrag der Fraktion der SPD und der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen - [Drs. 17/5120](#)

Der - federführende - Ausschuss bat die Landesregierung um einen schriftlichen Sachstandbericht zum Gegenstand des Antrages, in dem auch die in der ersten Beratung im Plenum aufgeworfenen Fragen aufgegriffen werden sollen.

6. **Beteiligung des Landtages in Angelegenheiten der Europäischen Union**

Es wurden keine Unterrichtungswünsche geäußert.

7. **Terminabsprachen, Verschiedenes**

Der Ausschuss behandelte Terminangelegenheiten und besprach verschiedene weitere Punkte.